

NRW will Steuergeld für Atommüll

Wirtschaftsminister Duin sieht den Staat bei der Finanzierung des Ausstiegs aus der Kernenergie in der Pflicht. Expertin Kemfert warnt vor „Kosten-Tsunami“

Von Ulf Meinke

Essen. NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) holt weit aus, um sich der brenzigen Lage der Energiekonzerne Eon und RWE zu nähern. „Wir sollten uns daran erinnern, wie die Kernenergie nach Deutschland gekommen ist“, sagt Duin. Parteiübergreifend habe sich die Politik in der Vergangenheit massiv für den Bau von Atomkraftwerken eingesetzt. „Heute zu sagen, die Politik habe immer schon gewusst, dass dies ein Irrweg sei, wäre einfach albern“, so der Minister. Entsprechend sieht Duin nun Staat und Steuerzahler in der Verantwortung, den milliardenschweren Atomausstieg zu finanzieren.

„Es gilt die Aussage: Eltern haften für ihre Kinder“, sagt der NRW-Wirtschaftsminister. „Aber es hat zwei Eltern gegeben, Vater Staat und Mutter Konzerne, und die werden beide ihren Anteil tragen müssen.“ Zugleich nährt Duin Zweifel daran, dass die von den vier großen Energiekonzernen Eon, RWE, EnBW und Vattenfall gebildeten Rückstellungen ausreichen werden, um die Kosten zu decken, die für den Abriss der Kernkraftwerke und die Lagerung des atomaren Mülls erforderlich sind. Er wisse, „dass die Herausforderung wahrscheinlich größer ist, als die 38 Milliarden Euro, die mit den Unternehmen verabredet sind“. Und dann werde „kein Weg daran vorbeiführen, dass der Staat Verantwortung übernimmt – in welcher Form auch immer“.

38 Milliarden Euro „verabredet“

Dass Duin sagt, 38 Milliarden Euro seien mit den Konzernen „verabredet“, irritiert. Geltende Rechtslage ist, dass die Atomkraftwerksbetreiber sämtliche Kosten des Rückbaus und der Stilllegung von Kernkraftwerken sowie der Atommüll-Entsorgung übernehmen müssen. Entsprechend hat sich die Höhe der Rückstellungen im Laufe der Jahre je nach Anforderung verändert. Duin hingegen betont: „Wenn wir irgendwann zu dem Ergebnis



Auch das Kernkraftwerk Krümmel bei Hamburg soll abgerissen werden – ein Milliardenprojekt.

FOTO: MAURIZIO GAMBARINI

kommen sollten, dass die 38 Milliarden nicht ausreichen, dann wäre das keine Frage, die die Unternehmen zu lösen haben. Die haben mit uns eine Verabredung über diese festgelegte Summe.“ Beim grünen Koalitionspartner in NRW

wird hingegen betont: „Es gibt keine Verabredung.“

Auch Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) warnt davor, die Unternehmen aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Die Konzerne

hätten über Jahrzehnte Subventionen erhalten und ausreichende Gewinne mit abgeschriebenen Atomkraftwerken gemacht, sagt Kemfert. „Aus diesem Grund ist es inakzeptabel, dass die Gesellschaft nun für den Kosten-Tsunami der Atomkraft aufkommen soll.“

Seit einiger Zeit werden in der Politik Fonds- oder Stiftungsmodelle diskutiert, um die Finanzierung des Atomausstiegs dauerhaft abzusichern. Als Beispiel dient die RAG-Stiftung zur Finanzierung der Steinkohle-Altlasten. Sie wird vor allem aus Erträgen des Essener Chemiekonzerns Evonik gespeist. „Aber wo ist die Evonik von Eon und RWE?“, fragt Duin. „Also wird es auf eine Art Fonds hinauslaufen“, sagt er. RAG-Stiftungschef Werner Müller wird unter anderem als Aufsichtsratsvorsitzender von RWE oder Chef eines Atomfonds gehandelt. Duin hält Müller offenbar für geeignet. „Ich würde die Kompetenz von Werner Müller immer nutzen, wo es möglich ist“, lässt sich der Minister zitieren.

KOMMENTAR

Von Ulf Meinke



Der Staat wird helfen müssen

Eigentlich müssten die Energiekonzerne sämtliche Kosten für den Atomausstieg übernehmen. Klar ist, dass der Abriss der Kernkraftwerke und vor allem die Lagerung des radioaktiven Mülls Milliardensummen verschlingen werden. Nun gilt es nüchtern festzustellen: Dieser Aufgabe sind die Konzerne nicht gewachsen. Niemand weiß, in welcher Verfassung Unternehmen wie Eon oder RWE in zwanzig, dreißig oder fünfzig Jahren sind. Doch auch dann muss der Atommüll sicher gelagert sein.

Es ist ärgerlich, dass sich die großen Energieversorger jahrelang mit freundlicher Unterstützung der Politik die Kassen füllen konnten und heute trotzdem zu wenig Geld in den Konzernen steckt, um den Abschied von der Kernkraft in Gänze zu finanzieren. Nun geht es allein um Schadensbegrenzung – einen Umbau der Konzerne ohne Verwerfungen, den Einsatz von möglichst wenig Steuergeld. Es bleibt die bittere Erkenntnis, dass der Staat wird helfen müssen, um größeren Schaden abzuwenden.